

**Niederschrift**

**über die öffentliche Sitzung**

**des Ortsbeirates Rheingönheim**

**von Ludwigshafen am Rhein**

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, den 14.11.2018
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:15 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:55 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Sitzungszimmer des Gemeindehauses Rheingönheim, Hauptstraße 210

## **Anwesend waren:**

### Ortsvorsteher

Wilhelm Wißmann

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Ursula Seibel

Joachim Zell

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Dieter aus den Birken

Peter Niedhammer

Stefan Röth

### FDP-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Thomas Schell

### Schriftführer/in

Martina Majorosi

## **Entschuldigt fehlten:**

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Volker Ritthaler

## Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteher
3. Etatberatungen 2019 und 2020  
Haushaltsansätze für den Ortsbezirk  
Vorlage: 20186428

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Rheingönheim war beschlussfähig.

Herr Ortsvorsteher Wißmann eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Teilnehmer.  
Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) hat sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) bitte um Aufnahme ins Protokoll, dass die Verwaltung zukünftig die Einladungsfrist für die Ortsbeiratssitzung einhalten muss. Die Unterlagen sind am 08.11.2018 zur Post gegeben worden, d. h. sie sind frühestens am 09.11.2018 eingetroffen. Es ist wiederholt eine Verletzung der Ladungsfrist. Es kann nicht sein, dass solch wichtige Unterlagen verfristet zugestellt werden. Das Dezernat 1 wird gebeten die Fristen einzuhalten.

## Protokoll:

### zu 1 Einwohnerfragestunde

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt den anwesenden Bürgern mit, dass jetzt die Möglichkeit besteht Fragen zu stellen. Es meldet sich niemand zu Wort.

### zu 2 Bericht Ortsvorsteher

Der Ortsvorsteher berichtet, dass in letzter Zeit immer wieder Probleme auftreten mit Fahrzeugen ohne Nummernschild, welche z. B. in der Wöllnerstraße oder am Sandloch abgestellt werden.

Er hat diesbezüglich mehrfach den Bereich Straßenverkehr angerufen. Getan hat sich nichts. Am 18.10.2018 hat Herr Ortsvorsteher Wißmann die Bereichsleitung Straßenverkehr angeschrieben. Daraufhin kam eine Eingangsbestätigung für das Schreiben mit dem Hinweis, die Angelegenheit würde an die zuständigen Stellen weitergeleitet werden.

Am 04.10.2018 beim Ortsvorstehertreffen mit Frau Oberbürgermeisterin Steinruck wurde dieses Thema auch angesprochen. Hier erfolgte die Information, dass die Personaldecke zu dünn ist und das Verfahren mit dem roten Punkt sehr langwierig ist.

Herr Ortsvorsteher Wißmann bat um genaue Erläuterung des Procedere - mit dem Ergebnis, dass er bisher immer noch nichts weiß.

Das Schreiben von Herrn Ohler, Bereich Straßenverkehr, hat er für die Ortsbeiräte kopiert. Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) - welcher an die Oberbürgermeisterin und Herrn Dezer- nent Feid geschrieben hat mit der Bitte um Unterstützung am Sandloch - und der Ortsvorste- her waren erstaunt, als eine große Aktion am 09.10.2018 im Sandloch stattfand mit der Poli- ze und dem Bereich Straßenverkehr. Ergebnis dieser Aktion war, dass die Autos anschlie- ßend alle weg waren.

Herr Ortsvorsteher Wißmann hat sich bei der Bereichsleitung Straßenverkehr bedankt für diese Aktion. Er hat aber auch angefragt, ob dies nur auf die Intervention von Frau Steinruck hin geschehen ist und ob in Zukunft der Weg über die Oberbürgermeisterin gegangen wer- den soll. Aber hierauf hat er auch keine Antwort erhalten.

Der Ausbau der Trauerhalle macht Fortschritte. Der Memoriam Garten Rheingönheim wurde heute offiziell eingeweiht.

Zwischenzeitlich fand auch die Überprüfung der sogenannten engen Straßen statt. Kopien des Schreibens liegen für die Ortsbeiratsmitglieder vor. Der Ortsvorsteher ist der Meinung, dass diese Angelegenheit eine Sache der Stadtverwaltung ist und diese auch den Anwoh- nern plausibel machen soll, dass in manchen Straßen 50 bzw. 60 Autos nicht mehr parken dürfen.

Zu diesem Thema findet noch eine Verkehrsrundfahrt statt, zu welchem auch der Ortsbeirat Rheingönheim rechtzeitig eingeladen werden soll.

Herrn Ortsvorsteher Wißmann wurde mitgeteilt, dass die Rodungsarbeiten an der Südspan- ge beginnen. Sollte Interesse bestehen, so kann der Plan auf seinem Rechner eingesehen werden.

Bezüglich der geplanten Hundeauslauffläche findet am 19.11.2018 ein Termin mit dem Be- reich Grünflächen und Friedhöfe statt. Die Gefahrenabwehrverordnung bezüglich der Anlein- pflicht wurde in den Schaukasten am Gemeindehaus ausgehängt.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) möchte anmerken, dass seitens des WBL keine Einladung zur Eröffnung des Memoriam Gartens an die Ortsbeiratsmitglieder verschickt worden ist. Er hätte es angemessen gefunden, wenn zum Spatenstich und zur Einweihung die Ortsbeiräte oder zumindest die Fraktionssprecher eingeladen worden wären.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) schließt sich dieser Aussage an.

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt dazu mit, dass die Einladungen nicht vom WBL verschickt wurden, sondern vom Betreiber des Memoriam Gartens (Verein für gärtnerbetreute Graban- lagen).

Zum Thema Südspange möchte Herr Ortsbeirat Röth noch anmerken, dass die Ortsbeirats- mitglieder sich eindeutig positioniert hatten dahingehend, dass die Südspange nicht in Be- trieb gehen soll solange nicht die Sanierungsarbeiten an den Deichen durchgeführt wurden.

Hier sollte Herr Ortsvorsteher Wißmann noch einmal bei der Oberbürgermeisterin intervenieren.

Herr Ortsvorsteher Wißmann schlägt vor, das Thema Südspange in der nächsten Ortsbeiratssitzung auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Ortsbeirat Zell (CDU) hätte gerne Informationen zu der Abschleppaktion am Sandloch. Er verwehrt sich dagegen, dass zu Lasten von Bürgerinnen und Bürgern diese Fahrzeuge abgeschleppt werden, da anscheinend kein letzter Halter zu ermitteln ist. Er fordert eine Aufklärung von der Verwaltung wie sich der systematische Ablauf gestaltet um den letztmaligen Halter zu finden um ihm dann ggf. die Kosten zu übertragen.

Herr Ortsvorsteher Wißmann weist darauf hin, dass man auch dieses Thema für die nächste Ortsbeiratssitzung vormerken sollte.

### **zu 3            Etatberatungen 2019 und 2020                   Haushaltsansätze für den Ortsbezirk**

Zu den Etatberatungen sind Herr Weber und Herr Lassleben vom Bereich Finanzen sowie Herr Kazik vom Bereich Gebäudemanagement anwesend.  
Das Straßenausbauprogramm wird Herr Negwer vom Bereich Tiefbau vorstellen.

Herr Weber wird zunächst eine allgemeine Einleitung zum Haushaltsplanentwurf 2019/20 geben. Dieser wurde am 17.09.2018 im Stadtrat vorgestellt.

Der Haushalt ist erneut nicht ausgeglichen. Trotz guter Steuerentwicklung besteht weiterhin das Problem, dass Kredite aufgenommen werden müssen. Es wurde wieder ein Doppelhaushalt aufgestellt um eine Planungssicherheit zu haben und weniger Nachtragshaushalte erstellen zu müssen.

Beim Ergebnishaushalt liegen 620,4 Millionen Einnahmen im Jahr 2019 vor. Die Aufwendungen betragen 689,6 Millionen. Dies ergibt einen Fehlbetrag von 69,2 Millionen.  
Im Jahr 2020 betragen die Einnahmen 627,7 Millionen und die Aufwendungen 681,7 Millionen. Ergibt einen Fehlbetrag von 54 Millionen.

Steuereinnahmen gibt es 339,4 Millionen im Jahr 2019 respektive 343,9 Millionen im Jahr 2020. Davon sind 194 Millionen Gewerbesteuer. Dies gilt für beide Jahre. Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage verbleiben 162,7 Millionen für 2019 und im Jahr 2020 178 Millionen.

Aufgrund des guten Zinssatzes gab es im Jahr 2017 insgesamt Zinsen in Höhe von 16,6 Millionen. Für das Jahr 2019 wurden 20,7 Millionen veranschlagt und für das Jahr 2020 22,3 Millionen. Sollten die Zinsen um 1 % steigen bedeutet dies 2,5 Millionen mehr.  
Pro Tag sind für das Jahr 2019 56.000 Euro Zinsen geplant und 61.000 Euro für das Jahr 2020. Am Ende des Jahres 2020 werden somit laut Planung 1,4 Milliarden Schulden bestehen, zusammengesetzt aus 900 Millionen liquiden Krediten und 500 Millionen investiven

Kredit. Derzeit liegt der Zinssatz bei 0,88 % bei Liquiditätskrediten und bei den Investivkrediten bei 2,8 %.

Es gibt einen kommunalen Entschuldungsfonds. Aus diesem bekommt die Stadt Ludwigshafen 20,7 Millionen pro Jahr bis zum Jahr 2026.

Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt 2018 bei 7.300 Euro, in 2019 bei 7.800 Euro und im Jahr 2020 bei 8.100 Euro.

Zu den Investitionstätigkeiten gibt es 2019 eine Gesamtsumme von 99,8 Millionen Auszahlungen und Einzahlungen 29,6 Millionen. In 2020 belaufen sich die Auszahlungen auf 99,1 Millionen und 47,9 Millionen Einzahlungen. Für den Stadtteil Rheingönheim sind für das Jahr 2019 400.000 Euro und für 2020 300.000 Euro angesetzt.

Dies waren die Gesamtzahlen für Ludwigshafen, anschließend folgt der Bericht den Stadtteil betreffend.

Herr Lassleben stellt die geplanten Investitionen für Rheingönheim vor:

Als erste Investition ist die Erweiterung der Mozartschule vorgesehen. Für das Jahr 2019 sind 200.000 Euro und für 2020 100.000 Euro an Planungsmitteln vorgesehen.

Herr Ortsbeirat Röth wendet sich direkt an Herrn Kazik und bittet um Erläuterung der Zahlen und Planungen für die Mozartschule. Die dringend nötige Erweiterung der Schule war schon öfter Thema im Ortsbeirat.

Herr Kazik nimmt dazu Stellung:

Derzeit ist eine Erweiterung von 4 Klassenräumen vorgesehen. Das ist aber nur möglich, wenn man an dem jetzigen Neubau (Flachbau) anbaut. Hier muss geprüft werden, ob in Richtung Park oder Straße gebaut werden kann. In Richtung Park bestehen Bedenken aus dem Ortsbeirat, weil sich dort früher ein Friedhof befand. Herr Kazik ist der Meinung, dass man auch in Richtung Straße erweitern kann. Hier müsste zwar einiges verlagert werden, aber 4 Klassenräume wären ohne weiteres möglich.

Der Betreuenden Grundschule im Souterrain wurde ein Raum weggenommen, welcher jetzt als Klassensaal benutzt wird. Die Schulverwaltung sieht auch, dass in den Jahren 2021/2022 unbedingt etwas passieren muss. Für diesen zusätzlichen Raumbedarf gibt es auch 60 % Förderung. Hierzu muss aber rechtzeitig der Förderantrag gestellt werden.

Herr Ortsvorsteher Wißmann merkt an, dass der Friedhof im Park auch schon vorhanden war, als der Neubau in den Park gebaut wurde. Der Friedhof lag wahrscheinlich in Richtung Katholische Kirche. Der Bereich Richtung Straße dürfte eigentlich nicht betroffen sein.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) stellt dazu fest, dass eine Erweiterung nicht unbedingt über eine Bodenaufgrabung erfolgen muss. Wenn man neben dem Neubau links oder rechts eine Bodenplatte von 30 cm vorsieht, müsste man nicht ins Erdreich graben. Dann könnte auch eine Verlängerung möglich sein ohne den Schulhof einzuschränken.

Herr Kazik sieht noch eine zweite Möglichkeit, dass man den Anbau nicht im Keller mitverlängert, sondern ausschließlich auf der höheren Ebene des Erdgeschosses mit 2 oder 4 Stützfundamenten. So stellt sich noch weniger Belastung für diesen Bereich dar.

Herr Ortsbeirat Röth hat noch folgende Bitte an die Verwaltung: Nachdem die Erweiterung der Grundschule Mozartschule auf dem bestehenden Gelände jetzt beschlossen ist, sollte geprüft werden, ob das Gelände an der Endhaltestelle hinter der TG Frei Heil genutzt werden kann für ein medizinisches Versorgungszentrum. Dieses Gelände wurde bisher frei gehalten für den Neubau einer Schule. Die medizinische Versorgung in Rheingönheim ist prekär und dieses Gelände würde sich anbieten um dort ein medizinisches Versorgungszentrum anzusiedeln für die 8 000 Einwohner Rheingönheims. Die SPD-Ortsbeiratsfraktion wird dies auch auf die Tagesordnung der nächsten Ortsbeiratssitzung aufnehmen lassen.

Herr Niedhammer weist noch einmal auf die Dringlichkeit der Erweiterung Mozartschule hin. Es kann nicht sein, dass im Neubaugebiet Familien mit Kindern zuziehen, gleichzeitig aber die Infrastruktur nicht angepasst wird. Die Schülerzahlen gehen nach oben.

Herr Lasseleben stellt die zweite Investition vor. Hier geht es um die Sanierung der Brücke K 7, Meckenheimer Straße. Für die Jahre 2019 und 2020 sind jeweils 200.000 Euro eingeplant. Die Brücke befindet sich in einem mangelhaften Zustand, welcher eine grundlegende Instandsetzung nötig macht. Möglicherweise kommt sogar ein Neubau in Frage. Die jetzt eingestellten Ansätze decken zunächst die Planungskosten ab. Die Gesamtkosten können erst nach abgeschlossener Planung beziffert werden.

Herr Ortsbeirat Röth stellt die Frage an Herrn Negwer, wie es passieren kann, dass die Brücke sich in einem derart mangelhaften Zustand befindet. Es gab im Ortsbeirat öfter schon Anfragen bezüglich Straßen und Brücken.

Herr Negwer teilt mit, dass ein Neubau eher unwahrscheinlich ist. Die Brücke hat Schäden, welche man auch sehen kann. Die sogenannten Brückenkappen sind gebrochen und es sind Teile abgebrochen. Das führt dazu, dass möglicherweise bei Regen Wasser eindringt in die Abdichtung und sich in den Beton frisst. Man kann momentan nur abschätzen, welche Schäden sich darstellen. Diese werden erst während der Arbeit ersichtlich, wenn man die Brückenkappen abnimmt.

Herr Negwer merkt auf die Nachfrage der Ortsbeiratsmitglieder nach den Kosten noch an, dass es sich bei den eingestellten Geldern nicht nur um Planungskosten sondern auch schon um Baukosten handelt.

Herr Lasseleben stellt die letzte Investition vor. Hier sind Straßenausbaubeiträge in Rheingönheim vorgesehen. Für die Jahre 2019 und 2020 stehen momentan jeweils 313.390 Euro im Plan. Diese Beträge müssen allerdings noch bearbeitet werden. Maßgeblich ist die Zahl die letztendlich im Straßenausbauprogramm steht. Die Abweichung entstand, weil der Haushalt im zweiten Halbjahr 2018 aufgestellt wurde, das Straßenausbauprogramm zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht fertiggestellt war.

Herr Negwer stellt das Straßenausbauprogramm für Rheingönheim vor:

Aufgrund der wiederkehrenden Beiträge ist es nötig, alle 3 Jahre ein neues Straßenausbauprogramm aufzustellen. Das jetzige Programm läuft 2018 aus. Es ist ab 2019 ein neues Programm aufzustellen. Hiervon gibt es einen Entwurf mit den Straßen, welche in den nächsten 5 Jahren ausgebaut werden sollen.

Die Straßenausbaubeiträge sollen nicht erhöht werden. Hierfür gibt es auch die Zustimmung seitens der Ortsbeiratsmitglieder.

Im Straßenausbauprogramm sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

Uthmannstraße, Mühlweg, Kornackerstraße 1. und 2. Bauabschnitt und Friedensstraße.

Die Maßnahme in der Uthmannstraße ist so eingetragen, dass der Baubeginn im Jahr 2021 vorgesehen ist. Das Jahr 2020 wird als entsprechende Vorlaufzeit für Planungen gesehen.

Im Mühlweg soll erst 2022 mit den Baumaßnahmen begonnen werden.

Die Baumaßnahme Kornackerstraße wurde unterteilt in 2 Bauabschnitte. Der erste Bauabschnitt soll 2022 geplant werden. Der zweite Bauabschnitt fällt in den Überhang aus Finanzgründen.

Die Maßnahme Friedensstraße wurde ebenfalls im Überhang eingetragen. Hier sollte dokumentiert werden, dass es wichtig ist, die Planung und Vorbereitung im Jahr 2023 zu machen. Damit dies festgeschrieben werden kann mit Kosten für den Zeitraum danach.

In Rheingönheim gibt es auch die anteilige Kanalerneuerung und die Erneuerung der Straßenbeleuchtung. Hier handelt es sich um Pauschalbeträge für entsprechende Maßnahmen. Mit der anteiligen Kanalerneuerung wird auch die Entwässerung der Straßen abgegolten. Der Kanal hat verschiedene Funktionen. Zuerst die Schmutzwasserableitung, dann die Regenwasserableitung. Hier gibt es privates Regenwasser von Gebäude- und Hofflächen und auch Wasser, welches auf die Straße gelangt. Dieser Anteil ist hier dargestellt und muss mitfinanziert werden.

Herr Ortsvorsteher Wißmann fragt nach, ob die Hof- bzw. Vorgartenflächen, welche von Eigentümern gepflastert wurden, kontrolliert werden und ob diese eigentlich in die Entwässerungskategorie Oberflächenwasser mit hineinfallen. Es sind immer mehr Flächen zu sehen, welche in den Vorgärten gepflastert werden, was auch schon im Ortsbeirat behandelt wurde. Es besteht zwar die Möglichkeit mit wasserdurchlässigem oder Drainagepflaster etwas zu machen, aber eine gewisse Wassermenge versickert nicht so schnell und läuft somit in die Kanalisation. Hier könnte durchaus eine Kontrolle stattfinden, denn es nimmt überhand.

Herr Negwer nimmt diese Frage mit und wird sie noch abklären.

Herr Ortsbeirat Röth möchte noch etwas zum Straßenausbauprogramm anmerken. Das Programm folgt den Notwendigkeiten und es wird z. B. bei der Kanalsanierung gekoppelt was wirtschaftlich und notwendig ist. Seine Frage ist nun, ob in der Karl-Bröger-Straße lediglich der Kanal gemacht werden soll und dann die Straßendecke wiederhergestellt? Besteht dort keine Notwendigkeit weitere Maßnahmen vorzunehmen?

Herr Negwer erklärt, dass nur Straßen gemacht werden, welche am dringlichsten angesehen werden. D. h. was notwendig und möglich ist.

Herr Ortsbeirat Röth sieht die Kornackerstraße als dringliches Problem an. Dort sind immer wieder Schlaglöcher, welche nur notdürftig ausgebessert werden. Die Friedensstraße ist auch eine wichtige Straße, welche nach der Hauptstraße stark frequentiert ist. Er würde aber darum bitten, dass auch ein besonderes Augenmerk auf die Hauptstraße in dem Bereich zwischen Gemeindehaus und ehemaliger Weizenbierbrauerei gerichtet wird, auch wenn sie jetzt nicht im Programm aufgenommen wurde.

Die Hauptstraße wurde 1994 neu gemacht und kurz danach wurden in Teilbereichen wieder Straßenbauarbeiten vorgenommen (z. B. das Stück an der Sparkasse – Siegfried-Apotheke). Der neu verfüllte Bereich ist in schlechtem Zustand.

Herr Ortsvorsteher Wißmann sagt zur Hauptstraße, dass der Teil vom Gemeindehaus bis zur Einmündung Eisenbahnstraße, welcher gepflastert ist, in weitaus schlechterem Zustand als die asphaltierte Decke. Der Pflasterbelag ist im Kreuzungsbereich nochmal aufgegraben wurden. In den Pflasterfugen befindet sich kein Sand mehr.

Herr Ortsbeirat Röth hat noch eine Frage zu den Gebäuden der Stadt im Stadtteil, speziell das Dienstgebäude des Ortsvorstehers, das Gemeindehaus. Es ist in seinem sehr schlechten Zustand. Die Fundamente im Keller sind nass. Der Verputz bröckelt ab. Es werden keine Bestandssicherungsmaßnahmen durchgeführt. Wie geht dies weiter?

Herr Kazik teilt mit, dass es sich hier um Reparaturarbeiten handelt und keine Investitionen, deswegen muss das Geld im Ergebnishaushalt angemeldet werden. Von Seiten des Bereichs Tiefbau wurden für den Haushalt 2019 Gelder fürs Dach und die Fassadensanierung beantragt. Das Dach ist undicht und es wurden schon Teile der Dachwand auf dem Bürgers- teig gefunden. Was notwendig war, wurde repariert, aber das Dach muss trotzdem komplett erneuert werden. Die Fassade muss erneuert werden, aber hier ist der Denkmalschutz zu beachten.

Herr Ortsbeirat Röth bedankt sich für die Informationen. Zum Gemeindehaus teilt er noch mit dass der Ortsbeirat schon öfter über die Ausstattungssituation im Gemeindehaus diskutiert hat. Es wurde in der Vergangenheit zwar eine Spüle eingebaut, aber hierzu würde im Endeffekt auch ein stromsparender funktionierender Kühlschrank gehören, z. B. um gekühlte Getränke zu Sitzungen zu reichen. Der vorhandene alte Kühlschrank hat einen extrem hohen Stromverbrauch.

Seitens der anwesenden städtischen Mitarbeiter erfolgt der Hinweis, dass man sich mit dieser Bitte an den Bereich Recht wenden sollte.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um  
19:55 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 27.11.2018

---

Martina Majorosi  
Schriftführer

---

Wilhelm Wißmann  
Vorsitzende/r